

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Gelegentliche Nebenblätter: Landtagssitzung, Synodalbeilage, Beziehungslisten der Verwaltung der R. S. Staatschulden und der R. S. Land- und Landeskulturretenbank-Berwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben des Landes-Brandversicherungsamt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundsätzliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verkaufsliste von Holzplatten auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden. ←

Nr. 226.

Freitag, 27. September

1912.

Bezugspreis: Beim Bezug durch die Expedition, Große Brüderstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.

Erschein: Werktag nachmittags. — Herausgeber: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Aufklärungen: Die 1spaltige Grundseite oder deren Raum im Anführungszeichen 30 Pf., die 2spaltige Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingangs) 150 Pf. Preiserhöhung auf Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der Lotterievertrag Bayerns mit Preußen ist gestern auch vom Plenum der Abgeordnetenkammer angenommen worden.

Auf seiner Rückreise nach der Heimat ist Prinz Heinrich von Preußen gestern in Thüringen eingetroffen.

Nochdem sich der nicaraguaniische Insurgentenführer General Mena mit seinen Anhängern dem amerikanischen Kontrabandier Southerland ergeben hat, dürfte die Revolution in Nicaragua erloschen sein.

Die Lage im katalanischen Ausstandsgebiete hat sich gebessert.

Große Überschwemmungen haben in Rumänien erheblichen Schaden angerichtet.

Zu der Perrunalgrube bei Huelva sind durch einen Erdsturz 12 Arbeiter getötet worden.

Der Tsunami in Tolos war der schlimmste der letzten 50 Jahre. Der angerichtete Schaden übersteigt 40 Mill. Hen.

Amtlicher Teil.

Ministerium des Innern.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Stadtrath Prof. Dr. Lehmann in Dresden bei seinem Übertritte in den Ruhestand die Krone zum Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem städtischen Oberbuchhalter Witschel in Dresden bei seinem Übertritte in den Ruhestand das Ritterkreuz 2. Klasse des Albrechtsordens zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Blaß in Leipzig den ihm von Sr. Majestät dem Kaiser, König von Preußen verliehenen Stern zum Kronenorden 2. Klasse anlege.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Kaufmann Richard Klemm in Baunen den ihm von Sr. Majestät dem Kaiser, König von Preußen verliehenen Roten Adlerorden 4. Klasse annahme und trage.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Kaufmann Ewald Seifert in Dresden die ihm von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, verliehene Prinzregent Luitpold-Medaille in Bronze annehme und trage.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Rektor der Thomasschule und ordentlichen Honorarprofessor an der Universität in Leipzig Geh. Studienrat Dr. phil. Franz Emil Jungmann das Komturkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen.

Achtuhrladenschluß in Leisnig.

Von einer Anzahl Geschäftsinhaber in Leisnig ist beantragt worden, gemäß § 139f. der Reichsgewerbeordnung für die offenen Verkaufsstellen dortselbst mit Ausnahme der der Bäder und Barbiere unter Ausschluß der Sonnabende und der Tage vor den hohen Festen den Achtuhrladenschluß anzubringen.

Zur Absehung des nach §§ 2—4 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. Januar 1902, R. G. Bl. S. 38 geordneten Verfahrens ist Bürgermeister Schidert in Leisnig als Kommissar bestellt worden.

Leipzig, am 20. September 1912. 6574

Königliche Kreishauptmannschaft.

(Behördbliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inserateenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 27. September. Se. Majestät der König traf heute vormittag aus der Sächsischen Schweiz im Hosteler Wachwitz ein, nahm hierbei die Vorträge der Herren Staatsminister und des Kabinettssekretärs entgegen und lehrte nach der um 2 Uhr stattgefundenen Familietafel, an der Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde teilnahm, nochmals nach dem in der Sächsischen Schweiz gelegenen Geughause zurück.

Deutsches Reich.

Zum Hinscheiden des Ehren. Marschall v. Bieberstein.

Genf, 26. September. Die englische Gruppe des Weltfriedenkongresses hat eine Resolution angenommen, die der deutschen Nation, dem Kaiser und der Witwe des Ehren. v. Bieberstein die aufrichtige Teilnahme am Tode des Botschafters ausspricht.

Der Lotterievertrag mit Preußen und der Jesuiten-erlaß in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer, über die wir unter den gestrigen Drahtnachrichten schon kurz berichtet, erklärte Ministerpräsident Dr. v. Hertling, es sei wiederholt die Behauptung ausgestellt worden, daß zwischen der Lotterievertrag und der Stellungnahme der bayerischen Regierung zum Jesuiten-erlaß ein Zusammenhang bestünde. Er erklärte daraufhin mit aller Bestimmtheit, daß ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Dingen zu keiner Zeit bestanden habe. Die Sache liege tatsächlich so, daß nachdem der bayerische Erlaß so große Erregung hervorgerufen habe, die bayerische Regierung die Entscheidung des Bundesrats angenommen und ihn zu einer authentischen Interpretation aufgefordert hätte. Die Erklärungen des Ministers in der Kammer der Reichsräte vom 4. September hatten mit der Jesuitenfrage schlechterdings nichts zu tun. Sie waren ausschließlich bedingt durch die Eindrücke, die der Minister, schon lange bevor von der Jesuitenfrage die Rede war, welche die Gemüter weit über die Bedeutung der Frage hinaus erregte, im Anfang des Jahres gewonnen hatte, als er in Berlin mit dem dortigen Vertreter Bayerns über die Lotterievertrag gesprochen hatte. Ein nachträglicher Rücktritt wäre für Bayern darum so schwierig geworden, weil von Bayern die Anregung zu den Verhandlungen ausgegangen sei. Mit dieser Feststellung würden alle Befürchtungen hinfällig, die man über unsfreundliche Absichten Preußens haben könnte. Hieran wurde der Lotterievertrag angenommen.

Ausland.

Von der Tagung der österreichisch-ungarischen Delegationen.

Beratung des Budgets des Ministeriums des Äußeren in der österreichischen Delegation.

Wien, 26. September. Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Österreichischen Delegation begann heute die Beratung des Budgets des Ministeriums des Äußeren. Delegierter Fürst Schwarzenberg begrüßte die Aufrichtigkeit und Offenheit des Exposés des Grafen Verchold sowie die von dem Ministerium des Äußeren verfolgte Friedenspolitik. Der Delegierte erklärte, so allgemein der Wunsch nach Frieden sei, so wäre doch eine Hintansetzung der Interessen Österreich-Ungarns aus Friedenssicht allein als Schwäche zu bezeichnen. Die Pflege guter Beziehungen zu Rußland werde gewiß die friedliche Befolgung der Interessen Österreich-Ungarns fördern. Die wirksamste Hilfe zur erfolgreichen Verfolgung der Friedenspolitik wäre das Bündnis mit dem Deutschen Reich, das auch nach wie vor der Angelpunkt der österreichischen auswärtigen Politik bleiben müsse.

Für noch wünschbar bei der Verfolgung der Interessen Österreich-Ungarns auf friedlichem Wege ohne Gebietsgewinne halte er die Gewinnung der Sympathien der den österreichischen Nationalitäten stammenden und blutsverwandten Balkanvölker. Was die Beziehungen in Kroatien anlangt, so seien diese leider derart, daß er sich eine tadelnde Bemerkung des Vorsitzenden

zugeige, wollte er sie mit dem richtigen Namen bezeichnen. Hier handle es sich nicht um lokale, sondern um gesamtstaatliche Interessen. Er halte es nicht für ausgeschlossen, daß sich ohne das Gut und Verschulden Österreich-Ungarns eine kriegerische Lösung auf dem Balkan ergeben könnte. Eine Gebietserweiterung seitens Serbiens, die Umflammerung durch ein trennendes serbisches Staatengebilde, könne Österreich nicht dulden, ohne Gefahr zu laufen, die teuer erworbene südslawische Länder nicht halten zu können. Redner fuhr fort: "Wir wünschen keine Gebietserweiterung, wir wünschen nur den Frieden. Würde dieser aber von einer anderen Seite gestört werden, dann müßten auch wir uns unserer Kraft, unserer Interessen und des Grundgesetzes bewußt werden, daß ein Staatengebilde absterbt, sobald es interessenlos wird." Zum Schluß betonte der Redner sein Vertrauen zum Grafen Verchold, regte aber mit Rücksicht auf einzelne erläuterungsbedürftige Stellen des Exposés eine vertrauliche Sitzung an. Der südlawische Delegierte Spincic bemängelte die Passivität der Monarchie bei dem Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges und billigte so den Wunsch nach Schaltung des Friedens auf dem Balkan. Dr. Ellenbogen fragte den Minister des Äußeren nach konkreten Einzelheiten der Vorschläge, die er den Mächten gemacht habe. Weiter fragte er, ob der Minister unter allen Umständen eine friedliche Politik auf dem Balkan befolgen wolle. Schließlich wünschte der Redner Aufklärung über die Auffassung des Ministers, betreffend die Flottenkonzentration im Mittelmeer. Graf Verchold erklärte, er behalte sich die Beantwortung der Anfragen des Delegierten Dr. Ellenbogen vor. Eine Anfrage wollte er sofort beantworten, nämlich die, ob die Regierung militärische Interventionen und eine territoriale Verschiebung in der Türkei beabsichtige. Er habe sich in seinem ersten Exposé im April d. J. zu dem Grundsatz der Kontinuität bekannt. Er müßte daher seine Verwunderung aussprechen, daß Dr. Ellenbogen glaube, er werde heute, also fünf Monate später, eine Kriegspolitik befolgen. Er hätte geglaubt, Dr. Ellenbogen werde ihm mehr Vertrauen entgegenbringen. Er könne die Anfrage Dr. Ellenbogens nur negativ beantworten. Was den letzten Teil des Exposés anlangt, so sei dieser selbstverständlich so zu verstehen, daß es die oberste Aufgabe der Armee und der Marine sei, den Frieden zu schützen. Delegierter Spinelci wünschte eine freundschaftliche Annäherung der Monarchie an Rußland, da hierdurch die Lösung der Balkanfrage möglich wäre. Delegierter Graf Biniadli erklärte, die politische Lage in Europa werde gegenwärtig durch die Rivalität zwischen Dreibund und Triple-Entente, ganz besonders aber zwischen Deutschland und England oft getrübt. In den wichtigsten, die gesamte Menschheit interessierenden Fragen sollte man diese Gruppierung vergessen und auf das sogenannte "Europäische Konzert" zurückkommen. Die Milderung der Spannung zwischen Dreibund und Triple-Entente würde es der Monarchie erleichtern, in engeren friedlichen Einvernehmen mit Rußland auf die Balkanverhältnisse einzutreten. Die nächste Sitzung findet morgen vormittag statt.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Ereignisse in Tripolis.

Rom, 26. September. Die "Agenzia Stefani" teilt mit: Das türkische Communiqué über den Kampf bei Ganzur am 20. d. M. ist vollkommen falsch, ebenso wie das, welches einen Sieg der Türken und Araber bei Derna meldet. Es genügt, zu bemerken, daß die Stellungen, von denen die Türken versichern, sie hätten sie besetzt, in den Händen der Italiener sind, die dort die nötigen Verteidigungsanlagen errichtet.

Beschlagnahme eines türkischen Dampfers durch ein italienisches Hafenamt.

Rom, 26. September. „Giornale d'Italia“ meldet aus Catania: Da das Hafenamt erfahren hatte, daß der Dampfer „Mari Cossetti“, der mit einer Ladung Getreide von Braila kam, türkischer Herkunft sei, obwohl er die englische Flagge führte, belegte es ihn mit Beschlag. Eine an Bord vorgenommene Untersuchung ergab, daß der Dampfer wirklich türkischer Herkunft war. Infolgedessen wurde der Dampfer als Kriegsbeute erklärt und zurückgehalten.

Von den Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 26. September. Von gut unterrichteter Seite wird bestätigt, daß der Handelsminister Reshid Pascha mit einer Mission an die italienischen Friedensunterhändler betraut wurde. Die Porte hat bereits vor einigen Tagen die italienische Regierung davon verständigt, daß sie ein Mitglied der Regierung entsenden wolle. Italien hat dieser Absicht mit einigen Vorbehalten zugestimmt.